

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Jürgen Pohl, Ulrike Schielke-Ziesing, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11322 –**

Aufwuchs und Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Vorbemerkung der Fragesteller

Rund 5,2 Millionen Menschen in Deutschland waren 2022 nach vorläufigen Ergebnissen im öffentlichen Dienst beschäftigt (Stichtag 30. Juni 2022). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) zum Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2023 mitteilte, waren das 106 100 Beschäftigte oder 2,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit arbeiteten 2022 etwa 11 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland im Staatsdienst (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungenn/2023/06/PD23_241_741.html).

Auch an anderer Stelle wird der zunehmende Aufwuchs der öffentlichen Verwaltung sichtbar. Im Zeitraum von 2010 bis 2015 erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der allgemeinen öffentlichen Verwaltung (Wirtschaftsklasse 8411) um 49 000. Im darauffolgenden Zeitraum (von 2015 bis 2022) erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 239 000 überdurchschnittlich stark auf zuletzt 1,38 Millionen. Keine andere der insgesamt 615 Wirtschaftsklassen verzeichnete zwischen 2015 und 2022 einen größeren Beschäftigungszuwachs als die allgemeine öffentliche Verwaltung (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Auftrag 336856).

In der Antwort auf die Kleine Anfrage „Aufwuchs und Kosten der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung“ (Antwort zu Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 20/6133) teilte die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Personalaufwuchs im öffentlichen Dienst außerdem mit: „Für den Personalaufwuchs spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, dabei ist die Asyl- und Migrationspolitik ein Teilaspekt. Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeiten sind auch in diesem Bereich in solchen Phasen besonders personalintensiv, in denen Änderungen umzusetzen sind oder Fallzahlen in die Höhe gehen.“

Vorbemerkung der Bundesregierung:

Einige Fragen lassen sich mit frei verfügbaren Informationen beantworten, so dass es nicht Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion des deutschen Bundestages ist, diese durch die Bundesregierung zusammenzutragen und anschaulich aufbereiten zu lassen.

Bei der Beantwortung der folgenden Fragen wird der öffentliche Dienst in Deutschland als Gesamtheit mit dem Personal von Bund, Ländern mit Gemeinden und Gemeindeverbänden, der rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform sowie der Sozialversicherungsträger (einschließlich der Bundesagentur für Arbeit) verstanden. Davon ausgenommen sind die Fragen 10 und 11, da die Bundesregierung nur für die Ebene des Bundes und nicht für den Bereich der Länder mit Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie der rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform aussagefähig ist.

Soweit von den Fragestellern eine differenzierte Darstellung nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen erbeten wird, erfolgt die Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) wie folgt:

- Öffentlicher Dienst: Wirtschaftsabschnitt O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) der WZ 2008,
- Produzierendes Gewerbe: Summe der Wirtschaftsabschnitte B bis F der WZ 2008,
- Privatwirtschaft: Insgesamt abzüglich Wirtschaftsabschnitt O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung)

Die Daten zu den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden durch das Statistische Bundesamt jährlich zum Stichtag 30. Juni – zuletzt zum 30. Juni 2022 – erhoben.

Die erbetenen Aufschlüsselungen sind aufgrund fehlender Daten oder nicht ausreichend zur Verfügung stehender Zeit nicht bei allen Fragen in der erbetenen Detailtiefe möglich. In diesen Fällen beschränkt sich die Antwort auf die der Bundesregierung vorliegenden Daten.

1. Wie haben sich in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2023 und 2024 jeweils die Personalkosten der Beamten in den obersten Bundesbehörden und in deren nachgeordneten Bereichen sowie der Arbeitnehmer (außertarifliche und tarifliche Arbeitnehmer) in den obersten Bundesbehörden und in deren nachgeordneten Bereichen entwickelt (bitte jeweils nach Beamten und Arbeitnehmern getrennt ausweisen)?

Für die Jahre 2010, 2015, 2020 und 2023 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6133 verwiesen.

Übersicht Personalausgaben der Gruppen 422 und 428 Bundeshaushalt gesamt (Soll 2024, Angaben in 1 000 Euro):

Jahr	Gruppe 422 Beamte/Beamtinnen	Gruppe 428 Arbeitnehmer/-innen
2024	10 884 050	6 777 153

2. Wie hat sich in der Bundesagentur für Arbeit sowie in deren nachgeordneten Bereichen in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2023 und 2024 die Gesamtzahl der Planstellen (ohne Leerstellen) jeweils entwickelt (bitte insgesamt sowie nach Beamten und Arbeitnehmern getrennt ausweisen)?

Für die Jahre 2010, 2015, 2020 und 2023 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 7 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6133 verwiesen.

Angaben zu den Planstellen und Stellen der Bundesagentur für Arbeit können nachfolgender Tabelle entnommen werden.

Jahr	Insgesamt	Beamte/Beamtinnen	Arbeitnehmer/-innen (inklusive AT-Beschäftigte)
2024	115 434,00	11 658,00	103 776,00

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

3. Wie haben sich in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2023 und 2024 in der Bundesagentur für Arbeit sowie in deren nachgeordneten Bereichen die Personalkosten jeweils entwickelt (bitte insgesamt sowie nach Beamten und Arbeitnehmern getrennt ausweisen)?

Für die Jahre 2010, 2015, 2020 und 2023 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 8 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6133 verwiesen.

Personalausgaben der Bundesagentur für Arbeit können nachfolgender Tabelle entnommen werden (Angaben in 1 000 Euro).

Jahr	Insgesamt	Beamte/Beamtinnen	Arbeitnehmer/-innen
2024 ¹	7 679 000	551 700	7 127 300

¹ Haushaltansätze 2024

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

4. Wie hat sich in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2023 und 2024 die Zahl der Beschäftigten im Wirtschaftsabschnitt O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung) jeweils entwickelt?
5. Wie hat sich in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2023 und 2024 die Zahl der Beschäftigten in folgenden Wirtschaftsklassen jeweils entwickelt
- 8411 – Allgemeine öffentliche Verwaltung,
 - 8412 – Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen,
 - 8413 – Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht,
 - 8421 – Auswärtige Angelegenheiten,
 - 8422 – Verteidigung,
 - 8423 – Rechtspflege,
 - 8424 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung,
 - 8425 – Feuerwehren,
 - 8430 – Sozialversicherung

(bitte zu jeder Wirtschaftsklasse auch die absolute sowie relative Veränderung jeweils getrennt von 2010 bis 2014 und 2015 bis 2024 sowie von 2010 bis 2024 ausweisen)?

Die Fragen 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet.

Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit in der erfragten wirtschaftsfachlichen Differenzierung können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Für die Jahre 2010 bis 2022 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 9 und 10 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6133 verwiesen. Veränderungen wurden für die Zeiträume 2010 bis 2015, 2015 bis 2023 und 2010 bis 2023 ausgewiesen. Als Jahreswert wurde der Juni-Wert ausgewiesen. Ergebnisse für das Jahr 2024 liegen nicht vor.

Beschäftigte insgesamt im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort), Stichtag: 30. Juni 2023

Beschäftigte insgesamt (Summe der sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigten)

Wirtschaftszweige WZ 2008	Beschäftigte
Insgesamt	39 182 746
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2 110 902
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	1 414 498
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	99 680
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	74 758
8421 Auswärtige Angelegenheiten	12 466
8422 Verteidigung	50 286
8423 Rechtspflege	58 566
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	69 521
8425 Feuerwehren	5 662
8430 Sozialversicherung	325 465

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort), Stichtag: 30. Juni 2023

Wirtschaftszweige WZ 2008	Beschäftigte
Insgesamt	34 709 056
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2 028 741
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	1 341 929
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	94 581
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	72 583
8421 Auswärtige Angelegenheiten	12 407
8422 Verteidigung	50 060
8423 Rechtspflege	58 139
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	69 070
8425 Feuerwehren	5 114
8430 Sozialversicherung	324 858

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort), Stichtag: 30. Juni 2023

Wirtschaftszweige WZ 2008	Beschäftigte
Insgesamt	4 473 690
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	82 161
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	72 569
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	5 099

Wirtschaftszweige WZ 2008	Beschäftigte
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	2 175
8421 Auswärtige Angelegenheiten	59
8422 Verteidigung	226
8423 Rechtspflege	427
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	451
8425 Feuerwehren	548
8430 Sozialversicherung	607

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Absolute Veränderung der Beschäftigung insgesamt im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort)

Beschäftigung insgesamt (Summe der sozialversicherungspflichtigen und ausschließlich geringfügigen Beschäftigung)

Wirtschaftszweige WZ 2008	2015 zu 2010	2023 zu 2015	2023 zu 2010
Insgesamt	2 603 135	3 223 859	5 826 994
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	12 625	324 783	337 408
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	47 107	277 283	324 390
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	-12 275	16 095	3 820
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	-9 524	1 211	-8 313
8421 Auswärtige Angelegenheiten	6 151	3 467	9 618
8422 Verteidigung	-10 006	-9 759	-19 765
8423 Rechtspflege	21	3 167	3 188
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	472	16 684	17 156
8425 Feuerwehren	-115	1 188	1 073
8430 Sozialversicherung	-9 206	15 447	6 241

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Relative Veränderung der Beschäftigung insgesamt in Prozent im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort)

Beschäftigung insgesamt (Summe der sozialversicherungspflichtigen und ausschließlich geringfügigen Beschäftigung)

Wirtschaftszweige WZ 2008	2015 zu 2010	2023 zu 2015	2023 zu 2010
Insgesamt	7,8	9,0	17,5
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0,7	18,2	19,0
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	4,3	24,4	29,8
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	-12,8	19,3	4,0
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	-11,5	1,6	-10,0
8421 Auswärtige Angelegenheiten	216,0	38,5	337,7
8422 Verteidigung	-14,3	-16,3	-28,2
8423 Rechtspflege	0,0	5,7	5,8
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,9	31,6	32,8
8425 Feuerwehren	-2,5	26,6	23,4
8430 Sozialversicherung	-2,9	5,0	2,0

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Absolute Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort)

Wirtschaftszweige WZ 2008	2015 zu 2010	2023 zu 2015	2023 zu 2010
Insgesamt	2 804 696	3 937 759	6 742 455
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	16 077	330 500	346 577
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	48 616	281 541	330 157
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	-11 613	16 751	5 138
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	-8 697	1 746	-6 951
8421 Auswärtige Angelegenheiten	6 135	3 479	9 614
8422 Verteidigung	-10 025	-9 861	-19 886
8423 Rechtspflege	23	3 018	3 041
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	502	16 674	17 176
8425 Feuerwehren	-101	1 178	1 077
8430 Sozialversicherung	-8 763	15 974	7 211

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Relative Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Prozent im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort)

Wirtschaftszweige WZ 2008	2015 zu 2010	2023 zu 2015	2023 zu 2010
Insgesamt	10,0	12,8	24,1
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1,0	19,5	20,6
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	4,8	26,6	32,6
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	-13,0	21,5	5,7
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	-10,9	2,5	-8,7
8421 Auswärtige Angelegenheiten	219,7	39,0	344,2
8422 Verteidigung	-14,3	-16,5	-28,4
8423 Rechtspflege	0,0	5,5	5,5
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1,0	31,8	33,1
8425 Feuerwehren	-2,5	29,9	26,7
8430 Sozialversicherung	-2,8	5,2	2,3

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Absolute Veränderung der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort)

Wirtschaftszweige WZ 2008	2015 zu 2010	2023 zu 2015	2023 zu 2010
Insgesamt	-201 561	-713 900	-915 461
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-3 452	-5 717	-9 169
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	-1 509	-4 258	-5 767
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	-662	-656	-1 318
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	-827	-535	-1 362
8421 Auswärtige Angelegenheiten	16	-12	4
8422 Verteidigung	19	102	121
8423 Rechtspflege	-2	149	147
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-30	10	-20
8425 Feuerwehren	-14	10	-4
8430 Sozialversicherung	-443	-527	-970

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Relative Veränderung der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung in Prozent im Wirtschaftszweig Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (Abschnitt O WZ 2008), Deutschland (Arbeitsort)

Wirtschaftszweige WZ 2008	2015 zu 2010	2023 zu 2015	2023 zu 2010
Insgesamt	-3,7	-13,8	-17,0
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-3,8	-6,5	-10,0
8411 Allgemeine öffentliche Verwaltung	-1,9	-5,5	-7,4
8412 Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen	-10,3	-11,4	-20,5
8413 Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	-23,4	-19,7	-38,5
8421 Auswärtige Angelegenheiten	29,1	-16,9	7,3
8422 Verteidigung	18,1	82,3	115,2
8423 Rechtspflege	-0,7	53,6	52,5
8424 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-6,4	2,3	-4,2
8425 Feuerwehren	-2,5	1,9	-0,7
8430 Sozialversicherung	-28,1	-46,5	-61,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

6. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2023 und 2024 die Zahl der Beamten entwickelt, die aufgrund ihres Tätigkeitsbereiches folgenden Wirtschaftsklassen zugerechnet werden können
- 8411 – Allgemeine öffentliche Verwaltung,
 - 8412 – Öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen,
 - 8413 – Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht,
 - 8421 – Auswärtige Angelegenheiten,
 - 8422 – Verteidigung,
 - 8423 – Rechtspflege,
 - 8424 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung,
 - 8425 – Feuerwehren,

i) 8430 – Sozialversicherung

(bitte insgesamt sowie nach entsprechender Wirtschaftsklasse getrennt ausweisen)?

Angaben zur Anzahl der Beamtinnen und Beamten in wirtschaftsfachlicher Differenzierung liegen nicht vor.

Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zur Anzahl der Beamtinnen und Beamten nach Aufgabenbereichen gemäß Haushaltssystematik 2012 können für das Jahr 2022 nachfolgender Tabelle entnommen werden.

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 11 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6133 verwiesen. Ergebnisse für die Jahre 2023 und 2024 liegen nicht vor.

Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen nach Aufgabenbereichen, Stichtag: 30. Juni 2022

Aufgabenbereich (Haushaltssystematik 2012)	Anzahl in Tsd.
0-8 Öffentlicher Dienst insgesamt	1 919,1
0 Dienste	1 017,3
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	161,7
02 Auswärtige Angelegenheiten	2,8
03 Verteidigung	197,0
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	366,2
05 Rechtsschutz	124,3
06 Finanzverwaltung	165,3
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	749,8
11/12 Allgemeinbildende und berufliche Schulen	666,0
13 Hochschulen	62,2
16/17 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	4,6
18/19 Kultur und Religion	2,8
2 Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	63,5
3 Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	14,2
31 Gesundheitswesen	7,2
32 Sport und Erholung	0,9
33 Umwelt- und Naturschutz	5,8
34 Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz	0,4
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	17,3
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13,4
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	15,0
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	27,2
8 Finanzwirtschaft	1,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

7. Wie hat sich in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2023 und 2024 die Zahl der Beamten sowie Angestellten (tarifliche und außertarifliche Arbeitnehmer) im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) jeweils entwickelt?

Für die Jahre 2010, 2015 und 2020 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 13 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6133 verwiesen.

Die nachstehende Tabelle (auf 5er-Rundungen) zeigt den Personalstand der Beschäftigten des Kapitels 0633 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

(BAMF) des Bundeshaushalts zum Stichtag 30. Juni 2022. Daten für 2023 und 2024 liegen im Rahmen der Personalstandstatistik noch nicht vor.

Stichtag	Beschäftigte	Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen	Arbeitnehmer/-innen
30.06.2022	7 965	3 475	4 490

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

8. Wie haben sich in den Jahren 2010, 2015, 2020, 2023 und 2024 die Personalkosten für die Beamten sowie Angestellten (tarifliche und außertarifliche Arbeitnehmer) im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge jeweils entwickelt?

Für die Jahre 2010, 2015, 2020 und 2023 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 14 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6133 verwiesen.

Die Personalausgaben für die Beamten/Beamtinnen, und für die Arbeitnehmer/-innen des BAMF sind in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Personalausgaben Kapitel 0633 (BAMF) (Soll 2024, Angaben in 1 000 Euro):

Jahr	Gruppe 422 Beamte/Beamtinnen	Gruppe 428 Arbeitnehmer/-innen
2024	251 341	196 577

9. Wie hoch beziffert die Bundesregierung – beziehend auf die Antwort zu Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 20/6133 – den Anteil der Asyl- und Migrationspolitik als „Teilaspekt“ am Personalzuwachs im öffentlichen Dienst von 2015 bis heute?

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 12 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6133, nach der entsprechend der dort dargestellten Gründe bei Verwendung des Begriffes „öffentlicher Dienst“ wesentliche Teile einer Beantwortung durch die Bundesregierung entzogen sind, wird Bezug genommen.

10. Hat sich die Bundesregierung zu den Auswirkungen des Personalaufbaus im öffentlichen Dienst zwischen dem Jahr 2015 und heute auf die Arbeitskräftesituation auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im Hinblick auf den Fachkräftemangel in der freien Wirtschaft, eine eigene Positionierung erarbeitet, und wenn ja, wie lautet diese?

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung wird mit Letztentscheidungsrecht von Bundesrat und Bundestag im parlamentarischen Verfahren verabschiedet. Dabei beruhen die (plan-) stellenbezogenen Entscheidungen über Personalaufwuchs oder -abbau auf den wachsenden staatlichen Aufgaben.

Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel führen in bestimmten Berufsgruppen zu Fachkräfteengpässen (vgl. Fachkräfteengpassanalyse der Statistik der Bundesagentur für Arbeit), die den Bund als Arbeitgeber und die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft gleichermaßen treffen.

Die Bundesverwaltung hat sich daher mit einer eigenen Arbeitgeber-Dachmarke am Arbeitsmarkt etabliert. Zudem sind in den letzten Jahren – in enger Abstimmung mit den Bedarfsträgern aus der Praxis – vielfältige rechtliche Instrumente zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften eingeführt worden: Dazu gehören beispielsweise teilweise höher bezahlte Eingangämter, Personalge-

winnungs- und -bindungsprämien im Beamtenbereich bzw. verschiedene Zulagen im Tarifbereich mit vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten und die verbesserte Anerkennung von beruflichen Erfahrungszeiten.

Darüber hinaus ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch noch großzügigere Modelle des ortsunabhängigen Arbeitens gestärkt worden und bietet ein Höchstmaß an Flexibilität. Gerade jungen Bewerberinnen und Bewerbern sind gute und sichere Arbeitsbedingungen einhergehend mit sinnstiftenden Aufgaben besonders wichtig.

Gleichzeitig ist das Ziel der Fachkräftestrategie der Bundesregierung vom Oktober 2022, mit gesetzlichen wie untergesetzlichen Maßnahmen die Anstrengungen der Unternehmen und Betriebe zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften zu unterstützen. Dazu wurden folgende fünf prioritäre Handlungsfelder identifiziert: 1. Zeitgemäße Ausbildung, 2. Gezielte Weiterbildung, 3. Arbeitspotenziale nutzen und Erwerbsbeteiligung erhöhen, 4. Arbeitsqualität und Arbeitskultur verbessern sowie 5. Einwanderung modernisieren und Abwanderung reduzieren.

Die Fachkräftestrategie ist branchen- und regionenübergreifend angelegt. Jede Branche und jede Region ist selbst aufgefordert zu analysieren, welche Maßnahmen in welchem Bereich und für welchen Beruf passend sind. Da dies nach Region und Unternehmen sehr unterschiedlich ist, müssen die passenden Lösungen immer von den Akteuren direkt vor Ort gefunden werden.

11. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Fragesteller, dass der Personalaufwuchs im öffentlichen Dienst seit dem Jahr 2015 den Fachkräftemangel in Deutschland verschärft, und wenn ja, inwiefern?

Die Bundesregierung teilt die Ansicht der Fragesteller nicht. Es wird zudem auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.